

Bundesminister Dr. Werner Müller

- (A) Wir haben die **Förderung der erneuerbaren Energien** auf völlig neue Füße gestellt. Wir haben die Mittel dafür insgesamt pro Jahr verzehnfacht. Wir haben auch ein Gesetz zur Energieeinspeisung erneuerbarer Energien verabschiedet, das es ermöglicht, die Einspeisung prozentual zu verdoppeln. Vorher wurden lediglich Windmühlen gebaut; das war auch gut. Jetzt aber haben wir den Bereich der Förderung so ausgeweitet, dass die Nutzung aller regenerativen Energien, von der Photovoltaik bis zur Biomasse, angereizt wird. Und nach unseren Beobachtungen zeitigt dies auch Erfolge.

Des Weiteren haben wir in dem bereits zitierten Energiedialog einige Grundsätze festgelegt, auf denen wir im Herbst unser **Energieprogramm** aufbauen werden. Ich würde mich freuen, Herr Hirche, wenn die Zustimmung seitens der F.D.P. bestehen bliebe. Die CDU ist dazu unverändert aufgerufen.

Wir haben auch für den **Gasmarkt** Vorbereitungen getroffen. Wir werden in absehbarer Zeit eine Vereinbarung seitens der Verbände haben, damit auch der Zutritt zum Gasmarkt geregelt ist und auch in diesem Bereich der Wettbewerb eingeführt werden kann. Allerdings bleibt abzuwarten, in welcher Größenordnung wir die EU-Richtlinie umsetzen. Nach den letzten Recherchen habe ich nämlich festgestellt, dass niemand rund um Deutschland den Gasmarkt zu 100 Prozent liberalisieren will. Wir hatten dies bisher vor. Wir müssen also prüfen, ob wir bei unserem Vorhaben bleiben oder ob wir uns den übrigen Ländern in Europa anschließen wollen.

- (B) Ich kann verstehen – das darf ich abschließend sagen –, dass Ihnen die heutige Debatte über die **Kernenergie** nicht so richtig passt. Es ist nämlich etwas gelungen, woran Sie jahrzehntlang vergeblich gearbeitet haben, nämlich einen Streit in der Bevölkerung so zu befrieden, dass die Industrie feststellt: „Uns entsteht kein Schaden“, dass der kernenergiekritische Teil der Bevölkerung sagt: „Damit können wir leben“ und der sonstige energiewirtschaftliche Sachverstand im Lande zu dem Schluss kommt: „Das ist nicht unvernünftig“. Auf dieser Basis werden wir weitermachen.

(Beifall bei der SPD)

Es gilt unverändert meine Bitte an die CDU zu überlegen, ob sie bei den Grundlinien der Energiepolitik nicht doch zu einer konstruktiven Haltung zurückkehren möchte, etwa in dem Sinne, wie es im Energiedialog angelegt war, und nicht zu kneifen, wenn sie gemeinsam mit der jetzigen Regierung ein Papier unterschreiben soll. Sie sind aus dem Energiedialog doch nur deshalb ausgestiegen, weil Sie zurzeit in vielen Bereichen Opposition nur um der Opposition willen betreiben, koste es, was es wolle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Ernst Hinsken [CDU/CSU]:
Das ist billig!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 14/3507 und 14/3667 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (C)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 sowie die Zusatzpunkte 4 bis 6 auf:

4. Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung
zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Feira am 19./20. Juni 2000

ZP 4 Beratung des Antrags der Abgeordneten Ursula Lötzer, Rolf Kutzmutz, Angela Marquardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS

E-Europe: die europäische Informationsgesellschaft sozial und demokratisch gestalten

– Drucksache 14/3623 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)

Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung

Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Ausschuss für Kultur und Medien

ZP 5 Beratung des Antrags der Fraktion der CDU/CSU
Europäische Lebensmittelbehörde nach Deutschland

– Drucksache 14/3669 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

ZP 6 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Guido Westerwelle, Detlef Parr, Hildebrecht Braun (Augsburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.

Europäische Lebensmittelbehörde nach Bonn holen

– Drucksache 14/3300 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesundheit (f)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung hat der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel.

Hans Eichel, Bundesminister der Finanzen: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Europäische Rat in Feira hat letzte Woche die europäische Einigung vorgebracht. Das gemeinsame europäische Haus wächst. In Feira haben wir einen weiteren Bauabschnitt fertig gestellt und uns neue Ausbaupläne vorgenommen.

(D)

Bundesminister Hans Eichel

- (A) Die Bundesregierung hat im Ecofin-Rat dem **Beitritt Griechenlands zur Euro-Zone** zum 1. Januar 2001 zugestimmt. Aus der Euro-11-Gruppe wird dann die Euro-12-Gruppe. Der griechische Finanzminister wird bereits am nächsten Treffen der Gruppe teilnehmen. Griechenland hat auf einem langen und schwierigen Weg einen erfolgreichen Konvergenzprozess hinter sich. Dazu kann man Griechenland nur gratulieren. Ich freue mich, dass Griechenland mit seiner langen Geschichte und seinem großen Beitrag, den es zur europäischen Kultur geleistet hat, Mitglied der Euro-Zone wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU])

Sie sehen daran übrigens, welche Stabilitätsgemeinschaft die Euro-Zone inzwischen ist. Vor zehn Jahren hätte sich niemand vorstellen können, dass Griechenland und viele andere Länder in so kurzer Zeit von hohen Inflationsraten und hohen Zinsen herunterkommen und das Staatsdefizit ganz konsequent begrenzen. Deswegen sage ich: Wir haben allen Grund, Griechenland zu diesem Erfolg zu gratulieren. Aber natürlich darf es in seinen Anstrengungen nicht nachlassen. Das erwarten wir gerade jetzt, da es nun der Gemeinschaft der Euro-Länder angehört wird. Großes Kompliment an Griechenland, verbunden mit der nachdrücklichen Aufforderung: Wer dazugehört, muss sich auch zukünftig so verhalten, wie er sich verhalten hat, um dazugehören zu können.

- (B) Möglicherweise wird dieser Schritt die Beitrittsdiskussion in Dänemark und Schweden positiv beeinflussen. Das können wir uns, so denke ich, alle nur wünschen.

(Carl-Ludwig Thiele [F.D.P.]: Möglicherweise auch negativ!)

– Nein, dieser Schritt ganz gewiss nicht, Herr Thiele, im Gegenteil!

Der Europäische Rat hatte sich in Lissabon zu einem ehrgeizigen Ziel bekannt: Innerhalb von zehn Jahren soll aus Europa der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum weltweit werden. In Feira wurden dazu jetzt weitere konkrete Schritte eingeleitet. So wurde ein Aktionsplan gebilligt, der die bessere Nutzung des Internets fördern soll. Der Zugang zum **Internet** soll billiger, schneller und sicherer werden. Für die Menschen in Europa soll der Umgang mit dem Internet einfacher, ja schlicht selbstverständlich werden – und zwar für alle Menschen. Eine „digitale Kluft“ zwischen denen, die Zugang zum Internet haben und es nutzen, und denen, die keinen Zugang haben oder die Möglichkeiten des Internets nicht nutzen können, darf es nicht geben.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Vor allem auch keine neue Steuer! Keine Internetsteuer!)

– Es geht doch nicht um eine Internetsteuer. Das ist wieder einer der, vorsichtig ausgedrückt, falschen Zwischenrufe.

(Joachim Poß [SPD]: Gehen Sie doch nicht auf Herrn Michelbach ein!)

Es geht darum, dass die Steuern, die heute zu Recht erhoben werden, auch dann erhoben werden können, wenn die entsprechenden Aktionen über das Internet stattfinden. Darum und um nichts anderes geht es. (C)

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Und die Drittländer?)

Unbestritten ist die große Bedeutung der **Forschung** für wirtschaftliche Dynamik. In Feira haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geeinigt, einen gemeinsamen europäischen Forschungsraum zu entwickeln. Einzelstaatliche und europäische Forschungsprogramme sollen vernetzt werden.

In die gleiche Richtung zielt die neue Initiative „Innovation 2000“ der Europäischen Investitionsbank. Durch die Europäische Investitionsbank werden rund 1 Milliarde Euro an Risikokapital für kleine und mittlere Unternehmen bereitgestellt. Ein zusätzliches Darlehensprogramm mit einem Volumen von 12 bis 15 Milliarden Euro soll Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie die Informations- und Kommunikationsnetze fördern. Die Chancen, die in neuen Techniken liegen, müssen von Europa verwirklicht werden. Verzichtet Europa darauf, wird es an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Andere Länder werden die Vorteile der Informations- und Kommunikationstechnik zu nutzen wissen.

Europa stellt die Weichen, um die Möglichkeiten der New Economy und einer wissensbasierten Gesellschaft ausschöpfen zu können. Dabei helfen auch die „**Grundzüge der Wirtschaftspolitik**“. Diese Empfehlungen enthalten auch in diesem Jahr wieder ein solides Stück wirtschaftspolitischer Koordinierung. Diese wird im zusammenwachsenden Europa immer wichtiger. – Sie erinnern sich an das, was der französische Staatspräsident vorgestern hier dazu gesagt hat. – Die Umsetzung der Empfehlungen bleibt selbstverständlich eine nationale Aufgabe. (D)

Wir wollen **Innovation** und **Beschäftigung**. Unsere Politik muss aber durch eine Dimension der sozialen Absicherung auch auf europäischer Ebene ergänzt werden. Diese Aufgabe muss von Staat und Sozialpartnern gemeinsam bewältigt werden. Wenn wir beispielsweise über lebenslanges Lernen reden, ist das einerseits eine Sache der Unternehmen, verlangt andererseits aber auch, dass man die Sozialpartner auf europäischer Ebene in die Gespräche einbindet.

Unter französischer Präsidentschaft soll ein europäisches sozialpolitisches Aktionsprogramm verabschiedet werden. Das europäische Sozialmodell wird dadurch noch konkretere Formen annehmen. Auch dies ist ein Beitrag dazu, dass Europa zueinander findet.

Meine Damen und Herren, die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der kommunalen Ver- und Entsorger und der Sparkassen wird von europäischer Warte anders beurteilt als aus deutscher Sicht. Wie Sie wissen, befinden wir uns in dieser Frage in intensiver Diskussion mit der Europäischen Kommission.

Die Bundesregierung hat ihre Haltung zu den verschiedenen Bereichen der **Daseinsvorsorge** in Feira noch einmal deutlich gemacht. Wir brauchen hier Rechtssi-

Markus Meckel

- (A) nationalen Handelns. Die Europäische Union entwickelt jetzt beide Fähigkeiten. Zum einen bündelt sie ihre zivilen, ihre politischen Fähigkeiten. Zum anderen koordiniert sie sie mit den militärischen Fähigkeiten, die jetzt aufgebaut werden. Ich glaube, darin liegt eine ganz zentrale Dimension des gemeinsamen Handelns der Europäischen Union, des gemeinsamen Handelns, das wir in der Vergangenheit immer wieder allzu schmerzlich vermissen mussten.

Diese Fähigkeit wird sich deutlich erhöhen, unter anderem dadurch, dass man sich in Feira vorgenommen hat, kurzfristig gemeinsam **Polizeitruppen** bereitzustellen. Hier gab es in der Vergangenheit ungeheure Defizite. Es ist ja richtig, wenn gesagt wird, dass in militärischen Fragen die NATO sehr viel schneller handlungsfähig ist, weil sie über eine eingespielte Organisation verfügt. Dies müssen wir auf der militärischen Ebene lernen. Wir müssen aber nicht nur auf der militärischen Ebene lernen, sondern auch hinsichtlich ziviler Fragen. Hier haben wir uns als internationale Staatengemeinschaft in der Vergangenheit nun wahrhaftig nicht mit Ruhm bekleckert. Das zeigt sich daran, wie lange es im Laufe der verschiedenen Einsätze gedauert hat, die entsprechenden Polizeikräfte vor Ort zu bringen. Hier gibt es sehr große Defizite.

Hier sind wir in Feira deutlich vorangekommen mit dem Vorhaben, für künftige Einsätze 5 000 Polizeibeamte bereitzustellen zu können. Zudem soll ein kurzfristiger Einsatz, also ein Einsatz innerhalb von 30 Tagen, von bis zu 1 000 Polizeikräften möglich sein. Ich denke, dies sind große Erfolge.

- (B) Außerdem ist mit den europäischen **NATO-Staaten** gesprochen worden, die nicht EU-Mitglied sind. Diese Staaten wollen beteiligt werden. Vorredner haben gesagt, wir wollten sie hinzuziehen. Aber genau das ist falsch. Sie sagen selber: Wir wollen beteiligt werden, brauchen dafür aber klare Strukturen und Vereinbarungen. Auch in dieser Hinsicht sind wir in Feira einen großen Schritt vorangekommen. Die Notwendigkeit regelmäßiger Konsultationen ist aufgezeigt worden. Ebenso muss es gemeinsame Arbeitsgruppen mit der NATO geben, die ein Abkommen vorbereiten, das fertig sein soll, wenn die europäischen Krisenreaktionskräfte in drei Jahren zur Verfügung stehen. Darin sollen Fragen der Sicherheitsbestimmungen und der konkreten Verfahren zur Bereitstellung von NATO-Ressourcen für europäische Einsätze geklärt werden. Dies ist ein wichtiges Stück Arbeit. Wichtig ist auch, dass die Widerstände, die es insbesondere in der Türkei, aber auch in Norwegen gibt, überwunden werden. Deshalb muss die Transparenz dieser Verfahren deutlich werden.

Es ist gut, dass es im Herbst eine Beitragskonferenz geben wird, sodass bis Nizza im Dezember klar ist, welche Staaten welche Beiträge – auch militärisch – einbringen können.

Ich möchte auf einen weiteren Punkt eingehen, und zwar die gemeinsame Strategie gegenüber den **Mittelmeerstaaten**. Es ist ganz wesentlich, dass wir nach der gemeinsamen Strategie gegenüber Russland und der Ukraine nun auch eine gemeinsame Strategie gegenüber den Mittelmeerstaaten entwickeln. Dieser Region, die für

die nachbarschaftlichen Beziehungen der Europäischen Union ganz zentral ist, müssen wir uns in besonderem Maße widmen. Dies darf Deutschland nicht den südlichen Mitgliedstaaten überlassen; wir als Deutsche sollten uns daran intensiv beteiligen. (C)

Zum Schluss möchte ich noch einen Punkt ansprechen, der noch nicht geklärt ist, nämlich die **parlamentarische Begleitung** der Gemeinsamen Außen- und Sicherheits- und der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es wird hier noch einiger Anstrengungen und Gespräche bedürfen. Die Parlamentarische Versammlung der WEU – ihr Präsident ist ja Mitglied unseres Hauses – hat beschlossen, sich entsprechend zu verändern, weil sie der Meinung ist, dass es auch künftig einer solchen interparlamentarischen Versammlung bedarf. Das Europäische Parlament sieht dies anders und will ihre Aufgaben voll übernehmen. Es sagt, wenn die WEU in die EU integriert werde, sei auch die Parlamentarische Versammlung nicht mehr nötig. Eines jedenfalls muss klar sein: Es muss eine parlamentarische Begleitung der Außen- und Sicherheitspolitik geben. – Diese Diskussion müssen wir auch intern weiterführen, um hier zu klaren Regelungen zu kommen.

Europa ist langsam nicht nur ein großer Wirtschaftsfaktor, sondern wird auch zu einem wesentlichen politischen Faktor in der Welt. Die internationale Staatengemeinschaft sieht dies durchaus mit großen Hoffnungen. Unsere Aufgabe wird es sein, diesen Hoffnungen gerecht zu werden. Gerade wir Deutschen tragen dafür eine große Verantwortung.

Ich danke Ihnen. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Gerd Müller.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben es wieder einmal geschafft: Ich glaube, dass uns – so ein Fernsehsender diese Europadebatte überträgt – kaum noch einer freiwillig zuhört. Auch das Plenum haben wir wieder einmal leer geredet. Ist das Europa?

(Wolfgang Gehrcke [PDS]: Das schaffen Sie auch noch!)

Europa hat so spannende Themen zu bieten. Aber wie wir das präsentieren – parteiübergreifend! –, macht mir Sorge. In Feira wurden 80 Punkte beschlossen, darunter so spannende Themen wie die Aufstellung einer 5 000 Mann starken europäischen Polizei. Auch das Problem einer einheitlichen Zinsbesteuerung wurde angesprochen. Was die europäische Entwicklung anbetrifft, sind wir in einer der spannendsten Phasen der letzten 20 Jahre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Sie zuhören, wir sind in der Endphase der Diskussion über eine Grundrechtscharta, was den Einstieg in eine europäische Verfassung bedeutet. Die Mitgliedstaaten führen Beitrittsverhandlungen mit zwölf mittelosteuropäischen

Dr. Gerd Müller

- (A) Staaten. Die Bundesregierung will die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union; die ersten Gespräche dazu laufen.

Aber bei all diesen wichtigen Themen verweigern sich der Bundeskanzler und der Bundesaußenminister dem Plenum, der Öffentlichkeit. Dies können wir nicht akzeptieren, dies können wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wir stehen vor der größten institutionellen Reform in Europa der letzten 20 Jahre: Stimmenwägung im Ministerrat, qualifizierte Mehrheit, Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Dennoch ist die Bundesregierung nicht bereit, diese zentralen Fragen mit dem Deutschen Bundestag zu diskutieren.

(Günter Gloser [SPD]: Das stimmt doch einfach nicht!)

Dies ist ein autoritärer Regierungsstil – Geheimdiplomatie! Bundeskanzler Schröder sitzt öfter und länger am Gendarmenmarkt als hier im deutschen Parlament.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das können wir uns nicht bieten lassen.

Deshalb werden wir in den nächsten Wochen eine Initiative ergreifen. Die **Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestags** in zentralen Fragen der Europapolitik müssen gestärkt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Wir werden einen Vorstoß zur Ergänzung des Art. 23 Grundgesetz unternehmen, ein maßgebliches Mitentscheidungsrecht des Bundestages bei zentralen europäischen Themen, die unsere Bürger im Staat interessieren und berühren, einzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die Rede des französischen Staatspräsidenten Chirac war hochinteressant. Wir wissen jetzt, was die Franzosen wollen. Das Kolloquium des Privatmannes Joseph Fischer an der Humboldt-Universität war hochinteressant. Aber wir wissen nicht, was der frühere Straßenkämpfer und Basisdemokrat, der heutige deutsche Außenminister, als Außenminister in die Regierungskonferenz einbringt. Das ist nicht hinnehmbar, das ist skandalös.

(Beifall bei der SPD – Günter Gloser [SPD]: Sogar Stoiber spricht mittlerweile eine andere Sprache!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Regierung hätte – und dazu fordern wir sie auf – in Anknüpfung an die Rede von Präsident Chirac die große Chance, die zentrale Aussage von Chirac aufzugreifen und eine deutsch-französische Initiative zur **Kompetenzabgrenzung** in diese Regierungskonferenz – so wie es gute Tradition der Regierung Kohl/Waigel war, ich erinnere an die Subsidiaritätsinitiative –

(Dr. Norbert Wiczorek [SPD]: Amsterdam!) einzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Chirac, Prodi, die deutschen Bundesländer, der Privatmann Fischer, alle bezeichnen das Thema Kompetenzabgrenzung als das jetzt drängendste zentrale Thema. Ich möchte einen Grund von Bundeskanzler Schröder erfahren, warum er auf diesen Zug nicht aufspringt. (C)

(Markus Meckel [SPD]: Das ist ganz einfach, das wissen Sie doch!)

Dies ist der Schlüssel. Jeder stellt visionäre Reden in den Raum. Es ist interessant, darüber zu schwadronieren und zu visionieren, was in 50, in 100 Jahren in Europa sein soll oder muss. Es ist interessant, notwendig, wichtig. Aber es lenkt natürlich davon ab, dass die Bundesregierung dazu, was konkret jetzt, heute, morgen, in zwei Jahren passieren muss, nichts zu bieten hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir brauchen nicht nur eine neue Ordnung in Europa – Herr Finanzminister Eichel, nachdem Sie die Regierungserklärung abgegeben haben, halten Sie Hof auf der Regierungsbank –, sondern wir brauchen natürlich auch eine innere **Reform der Bundesrepublik Deutschland**, was den Staat, den Verwaltungsapparat, die Finanzverfassung – Theo Waigel hat dazu wichtige Anstöße gegeben – und die Gesetzgebung, die Rechtsprechung anbetrifft. Das wäre Substanz in der Politik. Nehmen Sie diese Chance wahr und diese Anregung auf, wir als Opposition würden Sie unterstützen. Es kann nicht sein, dass wir oben eine neue Ebene, die europäische Ebene, draufsetzen, aber heute in Deutschland die Situation haben, dass wir für die Genehmigung von 20 Kilometern Autobahn wie zum Beispiel bei der A 7 bei mir zu Hause in Füssen ein 35 Jahre dauerndes Genehmigungsverfahren brauchen. (D)

(Hans-Peter Repnik [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Deshalb müssen wir Deutschland auch nach innen europafähig machen. Das ist eine ganz wichtige Standortfrage.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das wird übersehen!)

Herr Eichel, die Aufnahme **Griechenlands** in den Eurokreis zum jetzigen Zeitpunkt war ein schwerer Fehler.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Staatsverschuldung betrug 104 Prozent. Bei der Inflationsbekämpfung wurde manipuliert. Sie haben die Kriterien einfach einmal mit links hinweggeschoben und das Vertrauen in den Euro beschädigt.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, zur Zinsbesteuerung wurde vom Kollegen der F.D.P. Wesentliches und Wichtiges gesagt. Ich kürze dies ab – ich stimme den Argumenten zu – denn ich möchte Ihnen, nachdem Sie heute der Ersatzkanzler sind, noch einige andere Fragen stellen. Im Zusammenhang mit der Regierungskonferenz und der Osterweiterung stehen natürlich weitere zentrale Fragen zur Debatte, die gerade den Finanzminister berühren. Sagen Sie dem deutschen Volk: Wie wollen Sie die Osterweiterung finanzieren? Das interessiert unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: So ist es!)

Dr. Gerd Müller

- (A) Sagen Sie dem deutschen Volk, wie Sie das **Finanzsystem der EU** korrigieren wollen. Deutschland zahlt 60 Prozent der Nettotransfers.

(Dr. Norbert Wieczorek [SPD]: Das müssen Sie doch wissen!)

Herr Finanzminister, beim Berliner Gipfel haben Sie bewusst für den Beitritt in den nächsten Jahren Finanzbeschlüsse gefasst, die bis zum Jahre 2006 keine finanzielle Grundlage für eine Erweiterung der Union schaffen. Wie wollen Sie darauf reagieren? Kommen Sie ans Mikrofon. Das sind die zentralen Themen.

Die Erweiterung der Europäischen Union ist auf der Basis der Agenda-2000-Beschlüsse nicht möglich.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Das ist auch die Aussage von Staatsminister Zöpel im Europaausschuss, von Kommissar Fischler und dem Präsidenten der EU-Kommission Prodi.

(Widerspruch bei der SPD)

Jeder Finanzmann weiß genau, die Finanzplanung bis 2006 beruht auf der Annahme von Verhandlungen mit sechs und nicht mit zwölf Beitrittsstaaten. Dieser Finanzrahmen ist unter der Maßgabe beschlossen worden, dass die beitretenden osteuropäischen Staaten von den Direktbeihilfen im Agrarbereich ausgeschlossen werden. Dies wurde bisher alles über Bord geworfen. Das sind die Fragen an den Finanzminister.

- (B) Herr Finanzminister, der ehemalige Bundeskanzler Kohl und der ehemalige Finanzminister Waigel haben Ihnen ein Instrument an die Hand gegeben, das Instrument der Kofinanzierung.

(Lachen bei der SPD)

Wir haben präzise Vorschläge zur Reform der Struktur- und Kohäsionsfonds unterbreitet. Seit Sie im Amt sind, in den vergangenen eineinhalb Jahren, haben Sie sich nicht mehr mit diesem Thema beschäftigt. Sie haben kein Konzept, keinen Vorschlag und keine Lösungsansätze.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, denken Sie bitte daran, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. Wo ist Ihr Konzept? Wo ist Ihr Bundeskanzler?

(Hans-Werner Bertl [SPD]: Das ist ein Groschenroman, den Sie hier ablassen!)

Wir sehen mit großer Sorge, dass die Bundesregierung, allen voran der Bundeskanzler – ich komme zum Schluss –, Europapolitik nur noch als willkommenen Event betrachtet: Bilder stellen, mit Staatsmännern spazieren gehen.

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, bitte.

Dr. Gerd Müller (CDU/CSU): Politik verkommt bei Ihnen zum Infotainment, meine sehr verehrten Damen und Herren. (C)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Gisela Frick [F.D.P.] – Joachim Poß [SPD]: Absoluter Stuss!)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Dietmar Nietan.

Dietmar Nietan (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es erfreut mich immer wieder zu sehen, welch große Sehnsucht in den Reihen der CDU/CSU besteht, den Worten unseres Kanzlers zu lauschen. Ich kann das nachvollziehen. Ich werde Ihre Bitte unterstützen, dass Sie ihn noch möglichst oft und möglichst lange hören werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns zu dem Thema zurückkommen, das Anlass dieser Debatte sein sollte, nämlich der Europäische Rat in Feira. Ich kann natürlich verstehen, dass aus Sicht der Opposition die Ergebnisse einer solchen Veranstaltung immer unter dem Motto gesehen werden: Wir sehen uns nicht an, ob das Glas halb voll ist, sondern bei uns ist es grundsätzlich halb leer. Das ist legitim. Aber es wäre sehr unredlich, wenn man wie Sie in diesen Rat hineininterpretieren würde: Das hätte der Europäische Rat mit weitreichenden historischen und abschließenden Entscheidungen sein müssen. Sie alle wissen, dass es bei dieser Tagung darum ging, historische und weitreichende Entscheidungen vorzubereiten. Ich glaube, diese Aufgabe hat der Europäische Rat mit Bravour erfüllt. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will nur noch einmal kurz sagen, – es ist schon angedeutet worden –: Wir haben uns als aufstrebende, dynamische, wirtschaftliche Macht positioniert, auch im Bereich E-Commerce und im Bereich der Informationsgesellschaft. Wir haben das Ganze mit einer sozialen Dimension verbunden – auch das ist ein Novum im Vergleich zu dem, was EU-Politik darstellte, als noch jemand anders die Regierungsverantwortung trug. An der sozialen Dimension wird unter französischer Präsidentschaft weitergearbeitet. Auch da sind wir weitergekommen.

Es muss noch einmal deutlich gesagt werden: Es sind die Weichen gestellt worden, Europa institutionell erweiterungsfähig zu machen. Ich betone an dieser Stelle ausdrücklich: Es war richtig, dass auf dem Rat in Feira beschlossen wurde, sich auf die drei „leftovers“ von Amsterdam zu konzentrieren und sie mit einer weiteren Erarbeitung der verstärkten Zusammenarbeit zu ergänzen.

Jeder, der im Sinn gehabt hat, die Themen für die Regierungskonferenz in Nizza auszuweiten, hätte deren Scheitern oder zumindest die Verwässerung der Ergebnisse in Kauf genommen und damit letztlich die Erweiterungsfähigkeit infrage gestellt. Genau das galt es zu